

## Parlamentarischer Vorstoss

2020/498

---

Geschäftstyp:	Motion
Titel:	<b>Armutsstrategie IV: Motion betreffend Leistungsvereinbarung des Kantons mit der Fachstelle für Schuldenberatung</b>
Urheber/in:	Pascale Meschberger
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Abt, Bammatter, Boerlin, Brunner Roman, Candreia-Hemmi, Cucè, Hänggi, Jaun, Kaufmann Urs, Kirchmayr Jan, Koller, Locher, Maag-Streit, Mikeler, Noack, Roth, Schürch, Strüby-Schaub, Winter, Würth, Wyss
Eingereicht am:	24. September 2020
Dringlichkeit:	—

---

Die Verschuldung von Einzelpersonen und Familien ist ein häufiger Grund für ihr Abrutschen in die Armut. Überschuldung ist eine echte Armutsfalle, aus der Betroffene meist nicht selber herauskommen, enormes Leid und Krankheit kann die Folge sein. Professionelle Hilfe ist zumeist unabdingbar.

Im Auftrag von über 70 Gemeinden führt die Fachstelle für Schuldenberatung in Liestal Beratungen für Einwohnerinnen und Einwohner durch, die nicht selber aus ihrer Verschuldung herausfinden. Dazu gehören Budgetberatungen, Gesuche um Ratenzahlungen, Gesuche um Steuererlass usw.

Die Fachstelle wird von den Mitgliedgemeinden finanziert. Der Kanton beteiligt sich nicht daran, obwohl er direkt von der Arbeit der Fachstelle profitiert. Menschen, die aus der Armut herauskommen, ihre Schulden im Griff haben und einer Arbeit nachgehen, bezahlen nicht nur Gemeindesteuern, sondern auch Staatssteuern. Die häufigste Verschuldung betrifft denn auch die Steuern und die Krankenkassenprämien.

Die Arbeit der Fachstelle für Schuldenberatung hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Verschuldung vor allem junger Menschen wird zunehmend zu einem Problem. Dies kann dem aktualisierten Armutsbericht und der Armutsstrategie entnommen werden.

Die Zunahme der entsprechenden Arbeit bedeutet, dass mehr Ressourcen vorhanden sein müssen, damit genügend Mitarbeitende angestellt werden können.

Es ist deshalb enorm wichtig, dass sich der Kanton an der Finanzierung der Fachstelle beteiligt. Er profitiert, wie oben beschrieben, von der professionellen Arbeit genauso wie die Gemeinden.

---

## **Antrag**

Der Regierungsrat wird aufgefordert, mit der Fachstelle für Schuldenfragen eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen.